

GÖTTINGER BLÄTTER

09.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Liebe Eltern und Angehörige,

der richtige Adressat für Ihren eventuellen Unmut über mögliche weitere Streikmaßnahmen im Sozial- und Erziehungsdienst im Oktober sind die Arbeitgeber, also die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder Landräte, die ihrem Arbeitgeberverband nicht ausreichend signalisiert haben, dass sie eine Aufwertung für richtig halten und auch dafür mehr zahlen wollen. Um Streiks zu verhindern müssen die Kommunen die Schlichtungsempfehlung deutlich verbessern.

Schreiben Sie Ihrem Gemeindevertreter.

Auf der homepage von ver.di (www.soziale-berufe-aufwerten.de/unterstuetzen/e-card-senden) können Sie direkt eine elektronische Postkarte an Ihren Bürgermeister oder Landrat versenden.

In den Tarifverhandlungen zur Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe, zu denen auch die Beschäftigten in Krippen, Kitas, Horten und Behindertenwerkstätten gehören, wurde die Schlichtungsempfehlung von einer überwiegenden Mehrheit der ver.di-Mitglieder als unzureichend abgelehnt. Nun sind die Arbeitgeber gefordert, deutlich nachzubessern um die angekündigte Fortführung des Streiks zu verhindern.

Wir kümmern uns mit großem Engagement um ihre Kinder und Familien. Wir leisten verantwortungsvolle pädagogische Facharbeit und wollen dafür angemessen bezahlt werden. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit ver.di in diesen Tarifverhandlungen ein.

Doch die Arbeitgeber leugnen jeden generellen Bedarf zur Aufwertung unserer Berufe. Wir brauchen deshalb Ihre Unterstützung.

Machen Sie Druck auf die kommunalen Arbeitgeber: Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte, auf Ratsfraktionen und die Fraktionsvorsitzenden. Oder noch besser, fordern Sie sie auf, dort wo es noch nicht praktiziert wird, den Tarifvertrag zu nutzen und die Erzieherinnen in die S8 und alle Kinderpflegerinnen in die S4 sowie die Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagoginnen mindestens in die S15 einzugruppieren.

Vielen Dank für Ihre aktive Unterstützung!

Nutzen Sie Ihre Stimme und wenden Sie sich jetzt mit einem Schreiben an Ihre/n Gemeindevertreter/-in! Sie können eine elektronische Postkarte direkt an Ihren Bürgermeister oder Landrat versenden. (ver.di-homepage)

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Kitastreik	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Grobian	8
GöLinke Ratsinfo	9
DIE LINKE. Kreisverband	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Vor Range wird mir bange	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2015
ist der 18. September.
Auslieferung am 24. September.

STOP
TTIP
CETA

DEMO

**Gemeinsam
gegen TTIP
und CETA**

**Freitag, 25. September,
Aktionstag in der Innenstadt**

(bei Redaktionsschluss lag die Planung des Aktionsbündnisses für diesen Tag noch nicht vor. Achtet auf die Ankündigungen)

**Samstag, 10. Oktober,
Zentrale Demonstration in Berlin**

Es werden Busse aus Bad Harzburg, Bad Lauterberg, Dassel, Dransfeld, Duderstadt, Einbeck, Gieboldehausen, Göttingen, Goslar, Hann.-Münden, Herzberg, Moringen, Northeim, Osterode, Seesen, und Uslar fahren. Infos und Anmeldungen beim DGB

gemein!

(Scheiße darf man ja nicht sagen ...)





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Gemeinsame Erklärung gegen die Nennung der VVN/BdA im Bayerischen Verfassungsschutzbericht

► Für eine offene, demokratische Gesellschaft! Gegen die Diffamierung der VVN-BdA!

Auch in diesem Jahr wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) im bayerischen Verfassungsschutzbericht erwähnt und die Organisation und ihre Mitglieder als „linksextremistisch beeinflusst“ gebrandmarkt. Die Nennung im Verfassungsschutzbericht ist nicht mit Fakten untermauert und diffamiert nicht nur die VVN-BdA und ihre Mitglieder. Sie diffamiert auch alle, die sich gemeinsam mit der VVN-BdA gegen alte und neue Nazis in Bayern engagieren.

Wir wenden uns gegen die diffamierenden Einschätzungen durch das bayerische Innenministerium und fordern die Bayerische Staatsregierung auf, die Nennung der VVN-BdA im Verfassungsschutzbericht zu beenden und die Beobachtung durch den Verfassungsschutz einzustellen.

Wir setzen uns für eine offene und tolerante demokratische Gesellschaft

ein und engagieren uns deshalb gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, menschenfeindliche Einstellungen und Neofaschismus. Wir kennen die VVN-BdA und deren Mitglieder aus unterschiedlichen Zusammenhängen, aus der Gedenk- und Gedenkstättenarbeit, aus dem örtlichen Engagement gegen rassistische, antisemitische und rechtsradikale Umtriebe oder aus Initiativen wie der bundesweiten NO-NPD-Kampagne.

Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass der Versuch der Bayerischen Verfassungsschutzbehörden, die VVN-BdA als verfassungsfeindlich und antidemokratisch zu brandmarken, jeglicher Grundlage entbehrt.

Viele ältere Mitglieder der VVN-BdA haben selbst noch Verfolgung und KZ-Haft am eigenen Leib erfahren müssen. Sie engagieren sich seit Jahren und Jahrzehnten als Mahner und Aufklärer vor Schulklassen, in der Jugend- und Erwachsenenbildung und im öffentlichen

Diskurs. Dieser Beitrag für eine offene und tolerante demokratische Gesellschaft, die sich klar gegen Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Ansichten einsetzt, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Diese Zeitzeugen genießen eine hohe Wertschätzung und viele wurden auch in Bayern mit verschiedensten Auszeichnungen, bis hin zum Bundesverdienstkreuz, geehrt.

Dort wo sich die bayerischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten und Gemeinden gegen rechtsextreme Umtriebe zur Wehr setzen müssen, ist die VVN-BdA anerkannter Partner in Bündnissen und Initiativen. Ihre Mitglieder erfahren hohen Respekt und Anerkennung, weil sie sich besonders dafür einsetzen, dass möglichst viele Menschen in diesen Initiativen mitarbeiten können – ob sie nun aus Vereinen und Verbänden, aus kirchlichen, gewerkschaftlichen oder parteipolitischen Zusammenhängen kommen oder als Einzelpersonen mitwirken wollen. Die VVN-BdA und ihre Mitglieder versuchen hier Brücken zu bauen statt auszugrenzen. Angesichts dieser Tatsache verurteilen wir besonders den immer wiederkehrenden Versuch, die VVN-BdA und ihre Mitglieder in den Verfassungsschutzberichten in die Nähe gewaltorientierter Auseinandersetzungen zu rücken. Dies widerspricht jeder Realität.

► Solidarität mit der VVN-BdA Bayern

Vier Bundestagsabgeordnete aus Bayern und elf Abgeordnete des Bayerischen Landtages gehören zu den über 40 Erstunterzeichnern der Gemeinsamen Erklärung „Für eine offene, demokratische Gesellschaft! Gegen die Diffamierung der VVN-BdA!“

Unter ihnen auch Ulrike Gote aus Bayreuth vom Bündnis 90/Die Grünen, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags. Max Mannheimer, der 95jährige Präsident der Lagergemeinschaft Dachau und Vizepräsident des Comité International de Dachau, hat die „Gemeinsame Erklärung“ unterzeichnet, ebenso Erich Schneeberger, der Vorsit-

zende des bayerischen Verbandes der Sinti und Roma, der Schauspieler Josef



VVN-BdA und Gewerkschaften Hand in Hand gegen Nazis: Gemeinsames Transparent am Nürnberger Gewerkschaftshaus während des Kommunalwahlkampfes 2014

Bierbichler, der Liedermacher Konstantin Wecker und der Krimi- und Drehbuchautor Peter Probst von der „Münchner Lichterkette“. Unterscriben haben auch Ulrich Chaussy, Buchautor und Journalist, und Werner Dietrich, Rechtsanwalt – beide seit Jahrzehnten öffentlich aktiv bei der Aufklärung der Hintergründe des neofaschistischen Bombenattentates auf das Münchner Oktoberfest.

Konzentrierte sich das Sammeln von Unterschriften bis zur öffentlichen Vorstellung der Erklärung Ende Juni noch auf den Freistaat Bayern, kann und soll sie nun bis November 2015 auch darüber hinaus von allen, die ihre Solidarität bekunden wollen, unter www.solidaritaet-vvn.de online unterzeichnet werden. Dort ist auch nachzulesen, wie sich die Resonanz weiter entwickelt.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 08. September

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt

▶ Bald Linienflüge für US-Touristen nach Kuba?

Washington/Havanna. Die Regierungen von Kuba und den USA verhandeln derzeit über ein Abkommen, das es US-Touristen ermöglichen soll, in regulären Linienflügen auf die Insel zu reisen. Dies meldete das Wall Street Journal am Montag. Das Abkommen solle noch vor Jahresende abgeschlossen werden.

Wie die Tageszeitung unter Berufung auf US-amerikanische Funktionäre berichtete, würde die genannte Vereinbarung ab Dezember die Einrichtung von regelmäßigen Flügen zwischen den Vereinigten Staaten und der Insel ermöglichen.

Im US-Senat ist derzeit ein Gesetzesvorhaben zur Beseitigung des Reiseverbotes für US-Bürger sowie darüber hinaus gehende Maßnahmen zur Aufhebung der jahrzehntelangen Wirtschaftsblockade seitens der USA anhängig. Diese Schritte sehen sich jedoch einer starken Opposition der Führer der republikanischen Partei ausgesetzt, die den Senat und das Repräsentantenhaus kontrolliert.

Zur Zeit nutzen die US-Amerikaner, die aus genehmigten Anlässen wie Fa-

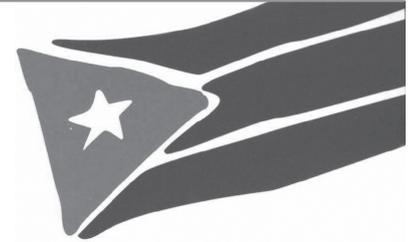
milienbesuchen oder aus geschäftlichen Gründen nach Kuba reisen, im allgemeinen Charterflüge.

Wie das Wall Street Journal schrieb, haben sich die Führungsebenen der Fluggesellschaften der USA in ihren Bemühungen verbündet, die regulären Dienstleistungen nach Kuba wieder aufzunehmen.

„Wir fühlen uns dieser Sache verpflichtet, es gibt viel guten Willen von beiden Seiten und wir sind dabei, die Gespräche fortzusetzen“, sagte ein Funktionär des Außenministeriums der Zeitung gegenüber und fügte hinzu, dass ein Abkommen vor Jahresende „ganz gewiss zu erhoffen ist“.

Bei der täglichen Pressekonferenz des US-Außenministeriums relativierte sein Sprecher John Kerby die Informationen des Wall Street Journal über den Zeitpunkt eines möglichen Abkommens. Es seien noch keine konkreten Entscheidungen getroffen worden, man sei noch in der Diskussion mit der kubanischen Regierung.

Klaus E. Lehmann/amerika21



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



29.2. – 16.3. 2016:

Studien- und Bildungsreise nach Cuba

Im genannten Zeitraum führt die Reise von Havanna über Cienfuegos, Camagüey und Bayamo nach Santiago. Vorgesehen sind Treffen mit VertreterInnen der PCC, dem ICAP, verschiedenen Solidaritätsprojekten der Freundschaftsgesellschaft, Stadtbesichtigungen u.v.m. Ziel der Reise ist es, die neue Situation Cubas zu erfahren und die Herangehensweise der Regierung zu verstehen: Wirtschaftsdaten (u.a. der Hafen Mariel), Landwirtschaft, Touristik, Kulturpolitik. Christian Schüler und Gunnar Siebecke werden seitens der Regionalgruppe Göttingen der Freundschaftsgesellschaft die Reise begleiten. Preis: ca. 2.400 Euro

InteressentenInnen melden sich bis zum 15.9.2015 unter:

g.siebecke@web.de

„The United States will come to talk to us when you have a black president and the world has a Latin American Pope.“
Fidel Castro 1973

„Die USA werden mit uns reden wollen, wenn die USA einen schwarzen Präsidenten haben und der Papst Lateinamerikaner ist.“ www.-cubasolidarity.org.uk



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Lesung mit Angelika Limmroth: Jenny Marx

Sogar das Göttinger Tageblatt hatte es angekündigt: In Zusammenarbeit mit dem Göttinger Buchladen Rote Straße fand am 15. Juli in deren Räumen eine Lesung aus der Biographie von Jenny Marx statt.

Die Autorin der 2014 herausgekommenen Biographie, Angelika Limmroth, seit 10 Jahren mit Forschungen zu Jenny Marx` Leben und Wirken beschäftigt, las eine aus ihrem Werk für ein hochinteressiertes Publikum. Unter einem Originalbild der jungen 18 jährigen Jenny von Westfahlen, der seit 1843 verehelichten Frau Marx, zeichnete sie mit charakteristischen Zitaten aus ihrem Werk einen Längsschnitt aus dem Leben der Jenny Marx.

Das Leben von Jenny von Westfahlen, als Ehefrau von Karl Marx, bestand mitnichten „nur“ aus der familiären, haushaltlichen und liebenden Sorge für ihre 4 überlebenden Kinder und für ihren forschenden Mann und Revolutionär Karl Marx, dem Autor des Kommunistischen Manifestes und des Kapital.

Vielmehr zeigt sich aus dem reichen Dokumentenmaterial, u.a. der Briefe von Jenny Marx, dass sie im Auftrag ihres Mannes nicht nur einen erheblichen Teil der politischen und geschäftlichen Korrespondenz erledigte. Das geschah über ein Jahrzehnt lang unter ärmlichsten und widrigen Lebensumständen, die von journalistischen Nebenarbeiten von Marx und andauernden Zuwendungen von Friedrich Engels gerade so finanziert wurden. Während der Zeit ihrer gemeinsamen Aufenthalte in Paris seit 1843, exiliert in Brüssel, zurück nach Paris, dann kurz während der Revolution 1848 nach Köln und dann ins endgültige Exil nach London gebar sie 6 Kinder, von denen letztlich 3 Mädchen überlebten. In der gesamten Zeit hat sie mit ihrer Familie und auch mit alten und im politischen Raum neu gewonnenen Freundinnen einen ausführlichen und teilweise sehr persönlichen Briefwechsel geführt, der von Zeit zu Zeit auch mit Reisen von London auf den Kontinent, auch nach Deutschland, vertieft wurde.

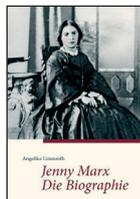
Darüber hinaus bestand ihre Rolle, neben der innigen und leidenschaftlichen

Beziehung mit Marx auch darin, dass sie noch unter den ärmlichsten Umständen ein offenes „Haus“ für die weitläufige Anhängerschaft von Marx, zeitweise auch für Flüchtlinge und zeitweise mittellose Mitkämpfer führte. Das wurde noch übertritten von einer Art politischem Salon für die „Partei Marx“, den sie in ihrer Wohnung und in ihrem Haus führte, in dem sie den gesellschaftlichen Ton angab und mit bestimmend in den politischen Debatten war.

Dazu war sie eine von den nur drei Personen, die Marx Schrift lesen konnten: Marx selbst (nicht immer), Engels und eben Jenny Marx, was sie in die Rolle der Sekretärin drängte, nach Diktat oder als Abschrift viele und wichtige Arbeiten von Marx in lesbare und druckbare Manuskripte zu verwandeln.

Nicht nur aufgrund der lebenslangen innigen Beziehung, die oft von Krankheiten beider begleitet wurde, sondern auch aufgrund der kongenialen Gemeinsamkeit als arbeitsteilige „Produktions“-Gemeinschaft ist der Beitrag von Jenny Marx bei der Entstehung der gründlichsten wissenschaftlichen Kampfschrift gegen die Kapitalistische Produktionsweise, das Kapital, dessen erster Band 24 Jahre nach ihrer Eheschließung herauskam, kaum zu überschätzen, wie F. Engels in seiner Grabrede 1881 in London sagte:

„Was eine solche Frau, mit so scharfem und so kritischem Verstande, mit einem politisch so sicheren Takt, mit solch einer leidenschaftlichen Energie, solch großer Kraft der Hingabe, in der revolutionären Bewegung geleistet, das hat sich nicht an die Öffentlichkeit vorgedrängt, ist niemals in den Spalten der Presse erwähnt worden. Was sie getan hat, wissen nur die, die mit ihr gelebt haben. Aber ich weiß, daß wir oft ihre kühnen und klugen Ratschläge vermissen werden - kühn ohne Prahlerei, klug, ohne der Ehre je etwas zu vergeben.“ (jm)



Angelika Limmroth:
Jenny Marx.
Die Biographie,
Karl Dietz Verlag,
Berlin 2014, 303 S.

Mitgliederversammlungen/ Termine

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 01. September, 20:00 Uhr

- Lenins Parteikonzeption
- Mandate für die KandidatInnen bei der BDK

MV Dienstag, 15. September, 20:00 Uhr

- Auswertung der IGM-Umfrage
- Maßnahmeplan zur TTIP-Demo 10.10

Samstag, 19. September,

Bezirksdelegiertenkonferenz

Freitag, 25. September,

Aktionstag zur TTIP-Mobilisierung in Göttingen

MV Dienstag, 29. September, 20:00 Uhr

- Auswertung BDK
- Diskussion Arbeitsplan (KomPol u. KomWahl)

Dienstag, 10. Oktober,

TTIP-Demo, Berlin

MV Dienstag, 13. Oktober, 20:00 Uhr

Sparprogramme töten

Samstag, 17. Oktober,

Kommunalpol. Konferenz der Göttinger Linke

Bildungskurs:

Einführung in die Politische Ökonomie II

Der Kurs aus der Winter 14/15 wird im November 2015 am **Dienstag dem 3.11.15 oder Di 17.11.15** weitergeführt werden.

Voraussichtlich jeden **2. Dienstag, um 20 Uhr** bei Arbeit und Leben für 2 Stunden.

Alle Teilnehmer aus dem Kurs I sind herzlich eingeladen, die gemeinsame Arbeit fortzusetzen. Neue Teilnehmer benötigen ein solides Grundwissen.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Einladung zur 1. Kommunalpolitischen Konferenz

Wie angekündigt (s. Göttinger Blätter 7/15) wird die WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke die Vorbereitungen auf die Kommunalwahl planmäßig mit einer 1. Kommunalpolitischen Konferenz beginnen. Ziel dieser Konferenz ist es, linke und fortschrittliche Kräfte einzuladen, sich und ihre politischen Anliegen in das Wahlprogramm bei der Kommunalwahl 2016 einzubringen.

Samstag, 17. Oktober, 11.00 – 16.00 Uhr
Ausbildungsrestaurant „Schaltwerk“
Lange Geismarstr. 72 – 73, Göttingen

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Kurzreferat Rückblick / Ausblick
3. Thematische Eingangstatements zu verschiedenen Themen
4. Diskussion
5. Bildung von Arbeitsgruppen / Redaktionsgruppe
6. weitere Vereinbarungen
7. Schlusswort

(Mittags wird es eine Pause und einen Imbiss geben. Wir bitten um Anmeldung unter goelinke@web.de)

Zu dem TOP 3 sind verschiedene „SpezialistInnen“ eingeladen, die auf unterschiedlichen kommunalpolitischen Feldern tätig sind und die der Konferenz jeweils einen kurzen Einblick in diese Felder geben können.

Zeitplan nach dem 17.10.

- **bis 15.12.:** Erste Ergebnisse der AG'en
- **30.1.:** 2. Kompol Konferenz mit Vorstellung der AG-Ergebnisse u. Bildung der Wahlkampf-Kommission
- **16.4. (?)** 3. Kompol. Konferenz mit Beschluss des Wahlprogramms und Wahl der KandidatInnen
- **Ende August:** Einreichung der Listen beim Wahlleiter



Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

FraktionsmitarbeiterIn:

Stine Rummel-Strebelow

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-14 Uhr
und nach Vereinbarung

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.30 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 18. September, 19.00 Uhr

Thema: Flüchtlingspolitik (Initiative Willkommen Flüchtlinge – IWF)

Mittwoch, 28. Oktober, 19.00 Uhr

Thema: Flächennutzungsplan

Neues Rathaus, Raum 112

Mitteilungen des SprecherInnenkreises

Die Fraktion der Göttinger Linke hat eine neue Fraktionsassistentin. Der Sprecherkreis der Göttinger Linke begrüßt **Stine Rummel-Strebelow** in unserem Kreis und wünscht ihr einen guten Anfang, viel Spaß und Erfolg bei der Arbeit. Außerdem hoffen wir auf eine gute Zusammenarbeit auch mit dem Sprecherkreis der Göttinger Linke. Die Bewerbungsgespräche haben in angenehmer Atmosphäre stattgefunden und Stine hat von allen Bewerbern den Zuschlag bekommen. Der Beschluss für Stine wurde unter Mitwirkung des Sprecherkreises und der Fraktion einstimmig getroffen.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung:

Montag, 17. September, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Nachwahl zum KreissprecherInnenrat
3. Berichte aus den Ortsverbänden und der Kommunalpolitik, u.a Gerichtsverfahren Hann. Münden
4. Kampagne Das muss drin sein
5. Anträge
6. Planungsstand Veranstaltungen, Aktuelles
7. Termine/ Verschiedenes

Linke Herzberger Gespräche:

Veranstaltung der Kreistagsfraktion Göttingen und des OV Kreis Osterode

Donnerstag, 24. September, 19.00 Uhr im Alevitischen Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzburg

Thema: Umsetzung Hartz IV im Kreis Osterode mit Dr. Eckhard Fascher und Dr. Joachim Bons, Sozialberater

Die Linken Herzberger Gespräche sind ein offenes Gesprächsangebot an links und kritisch denkende Menschen die mit der Partei DIE LINKE kommunalpolitische und aktuelle Themen diskutieren möchten.

Einstiegsseminare Emanzipatorische Kommunalpolitik:

Samstag/ Sonntag, 03./04.10.2015, 10:00 Uhr, Naturfreunde-Haus Göttingen (vgl. Seite 11)

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 14. September, 19:00 Uhr, Ort: Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Str. 2

Thema: Vorbereitung der Kommunalpolitischen Konferenz der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke am 10. Oktober (<http://www.goettinger-linke.de/aktuell/termine/>). Wir möchten gern darüber diskutieren, welche Themen wir für den Kommunalwahlkampf 2016 für bedeutsam halten. Daher wird um rege Teilnahme gebeten. Die Mitgliederversammlung ist wie immer öffentlich für Menschen mit und ohne Parteiausweis.

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 10. September, um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“ Siebenturmstr. 9, Hann. Münden.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte erfragen)

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Mittwoch ab 18 Uhr** im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 18. September 19:00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

Treffen der Sozialistischen Linken:

Mittwoch, 9. September, 19:00 Uhr, Ort noch offen, Schwerpunktthema: Kommunalwahl 2016

Linker Stammtisch für Alle!

Donnerstag, 24.9. um 19 Uhr in der Gaststätte "Zum Onkel Paul" in Hann Münden, Siebenturmstraße 9

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum, Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1, 34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571, hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034, dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail:SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18, 37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973 oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 22 - Juli 2015

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Kurz vor der Sommerpause gab es nochmal eine kurze Kreistagssitzung, von der es nichts Spektakuläres zu vermelden gibt. Nur beim GöBit-Antrag der LINKEN ließen sich die anderen Parteien wieder zu peinlichen Aussagen verleiten. Beim Thema VHS-Fusion war nur DIE LINKE anderer Auffassung.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – Soforthilfeprogramm zur Unterbringung von Flüchtlingen

In dieser interfraktionellen Resolution wurde der Forderung Nachdruck verliehen, das Land Niedersachsen möge die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen vollständig an die Kommunen weitergeben. Aufgrund der weiter zunehmenden Flüchtlingszahlen entstehen dem Landkreis in diesem Jahr zusätzliche Kosten in Millionenhöhe. Darüber hinaus wurde in den Redebeiträgen gefordert, die Eingliederung von Flüchtlingen, auch in den Arbeitsmarkt, zu verbessern. -> einstimmig angenommen

TOP 5.1 Neuaufstellung Nahverkehrsplan

Als politische Zielvorgabe für den Busverkehr in Südniedersachsen ist in den nächsten Monaten der Nahverkehrsplan für die Landkreise Göttingen, Osterode und Northeim aufzustellen. Durch die komplizierte Struktur des Zweckverbandes Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (ZVSN) war das Verfahren dazu bisher sehr intransparent. Nun fordert der Göttinger Kreistag, dass neben den Gremien des ZVSN auch die kreisangehörigen Gemeinden an der Planung beteiligt werden sollen. Auch interessierte Kreistagsmitglieder, die im Zweckverband bisher kaum Mitwirkungsmöglichkeiten hatten, sollen sich in Zukunft besser einbringen können.

→ einstimmig angenommen

TOP 6 – Fusion der Kreisvolkshochschule Südniedersachsen

Neben der Fusion der Kreisvolkshochschulen Göttingen und Osterode, die ja durch die Kreisfusion ohnehin auf der Agenda stand, soll auch die Erwachsenenbildung der VHS der Stadt Göttingen mit unter dem Dach der neuen gemeinnützigen GmbH untergebracht werden.

Eckhard Fascher wies in seiner Rede darauf hin, dass unter den Beschäftigten Verunsicherung entstanden sei, da noch keine tarifvertragliche Lösung auf dem Tisch liege. Viele Beschäftigte wollen in die Kernverwaltung. Zudem gebe es bei der Kreismusikschule, die nicht zur Erwachsenenbildung, aber zur KVHS gehört, Unruhe. Ein offener Brief betroffener Eltern unterstreiche dies und weise auf erhebliche Unzulänglichkeiten in diesem Bereich hin.

Dr. Bonder von der SPD dagegen meinte, bei einer Restrukturierung müssten nun mal Leute gehen. Im Übrigen betrachtete er die Volkshochschulen nicht als kulturelle Einrichtung, sondern als verlängerten Arm der Wirtschaft zur Rekrutierung qualifizierten Personals.

Ob es gelingen wird, alle Geschäftsstellen zu erhalten, bleibt ungewiss. Frau Jacobi (CDU) wies jedenfalls darauf hin, dass dieses Ziel in der Vorlage nicht mehr zu finden sei. Gleichwohl sah sie insgesamt einen „Grund zum Feiern“ und verglich die Fusion mit der Wiedervereinigung.

→ gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen

TOP 8 – GöBit ohne Bundeswehr

Der von der LINKEN zur letzten Kreistagssitzung eingebrachte Antrag wurde nicht, wie üblich, im Fachausschuss beraten, sondern nur durch den Kreisausschuss gereicht, wo die Mehrheit natürlich Ablehnung empfahl. Eckhard Fascher wies nochmal auf die Änderung des Selbstverständnisses der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer „Armee im Auslandseinsatz“ hin, was für 17jährige GöBit-Teilnehmer kaum zu überblicken ist.

Die neoliberalen Parteien sehen dagegen unsere „Parlamentsarmee“ als tolle Truppe. Sachliche Kritik war aber nicht zu vernehmen. Die sonst sehr sachliche Edelgard Wucherpfennig (SPD, Kreistagsvorsitzende) meinte sogar klarstellen zu müssen, dass die Befürworter der Bundeswehr an Schulen nicht die Bösen seien.

→ immerhin 3 Grüne stimmten für unseren Antrag, einige Grüne enthielten sich.

TOP 9 – Wahl ehrenamtlicher RichterInnen beim Verwaltungsgericht

Für die Wahlperiode 2015 bis 2020 hatte der Kreistag insgesamt 34 Personen zu benennen, die mit dem Kreistagsbeschluss nun in die Vorschlagsliste aufgenommen wurden.

Für DIE LINKE wurde der Genosse Gerd Nier benannt.

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Grone: Neues vom Immobilienmarkt

Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit und sogar relativ unbemerkt von der Stadtverwaltung Göttingen hat die Berliner IBV im Sommer 2014 einen großen Teil ihres Wohnungsbestandes verkauft. Neben Tausenden Wohnungen in Wolfsburg und Braunschweig eben auch ihre Wohnungen in Grone-Süd und Grone-Nord.

„Westgrund Niedersachsen Süd GmbH“ heißt die extra für diesen Zweck gegründete Firma mit Sitz in Berlin, die mit dem Zukauf von rd. 13.000 Wohnungen ihren Bestand vervierfacht hat. Diese Firma ist eine Tochter der „Westgrund AG“, ebenfalls Berlin, die wiederum zu 95 % der „Adler Real Estate“ (Früher mal Adler-Schreibmaschinen!) gehört.

Verwaltet werden die Wohnungen in Grone von der Fa. Peloton GmbH, ebenfalls mit Sitz in Berlin; die Bewohner der entsprechenden Häuser haben auch ihre NK-Abrechnung für 2014 von denen erhalten.

Nun kann es uns relativ egal sein, welche „Heuschrecke“ zu welchem Zeitpunkt die Wohnungen besitzt,

wäre da nicht ein entsprechender Leerstand: NachbarInnen haben mal grob nachgezählt: Dabei sind sie 153 (!) Wohnungen gestoßen, die aktuell leerstehen sollen.

Nun ist es ja nicht so, dass der Wohnungs-MARKT dazu da ist, Menschen mit Wohnraum zu versorgen sondern ausschließlich dazu, den Investoren die entsprechenden Gewinne zu garantieren – MARKT eben! „Unmoralisch“ aber wird es, wenn in Göttingen bezahlbarer Wohnraum gesucht wird wie Wasser in der Wüste.

Egal, ob es Menschen ohne bzw. mit geringem Einkommen, ob es StudentInnen oder Flüchtlinge sind: Der Wohnraummangel ist derartig eklatant, dass das Studentenwerk öffentlich Wohnraum für StudentInnen und die Stadt für Flüchtlinge sucht (Da kann man sich höchstens fragen, warum nicht das Sozialamt für Hartz IV-EmpfängerInnen sucht!)

Von „Unmoral“, die – in diesem Zusammenhang – übrigens ja auch nicht verboten ist, aber lassen sich Investo-

ren nicht von ihrem Ziel abhalten: Das meiste mögliche aus den Wohnungen (Entschuldigung: Aus den MieterInnen!) herauszuholen.

Leider hat der Verfasser dieses Artikels niemanden gefunden, der ihm glaubhaft die Vorhaben der Westgrund Nds-Süd GmbH in den nächsten Monaten darstellen konnte. Er hat nur Menschen gefunden, die dies auch nicht wissen und die sich seit Monaten darum bemühen, mit der Westgrund in Kontakt zu kommen – bis zum Redaktionsschluss ohne Erfolg.

(isug)

► Runder Tisch Grone

Trotz guter Bilanzen werden sowohl die Sparkasse als auch die Volksbank ihre Filialen in Grone Süd und im Wohngebiet Fröbel-, Pestalotzi Weg / St. Heinrichstr. schließen. Damit konkurrieren sie die millionenschweren Bemühungen, mithilfe des Programms „Soziale Stadt“ diese ehemaligen sozialen Brennpunkte zu stabilisieren. Ein Schwerpunkt dieses Programms war die Belegung der sogenannten „Quartiersplätze“ wie dem Jonaplatz in Grone Süd mit wohnortnahen (gewerblichen) Angeboten. Stattdessen breiten sich nun die „gähnenden Fenster“ aus – sowohl Geschäftsräume, als auch immer mehr Wohnungen stehen leer. Es muss etwas getan werden...

Darüber waren sich die 6 Personen einig, die der Einladung von Hendrik Falkenberg zu einem Treffen des Runden Tisches Grone gefolgt waren. Der Runde Tisch hat in Grone, eine jahrelange Tradition, war aber vor 2 Jahren eingeschlafen. Nun soll er wieder belebt werden. Das nächste Treffen findet am 07. September um 19:00 Uhr im Nachbarschaftszentrum Grone Süd statt.



GÖLINKE. Ratsinfo

Ausgabe
Sept. 2015



Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen trotz der Schulsommerferien ereignisreiche Wochen hinter und vor uns. Es bleibt dabei: Politische Fragen erfordern Antworten und Aktionen von uns LINKEN.

Zuallererst möchten wir an dieser Stelle unsere neue Fraktionsmitarbeiterin Stine Rummel-Strebelow begrüßen. Stine ist Mitglied bei DIE LINKE. Und seit längerer Zeit in der Gemeinde Rosdorf kommunalpolitisch aktiv. Wir freuen uns über die Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute!!! Im Folgenden möchten wir auf eine Aktionen, Veröffentlichungen und ein Ergebnis eines unserer letzten Ratsanträge hinweisen und darüber hinaus ein paar politische Schwerpunkte unserer konkreten Kommunalpolitik benennen.

- Fraktion Göttinger Linke
- Neues Rathaus, Zi. 196
- Hiroshimaplatz 1-4
- 37083 Göttingen
- tel 05 51-4 00 24 99
- fax 05 51-4 00 20 79
- goelinke-fraktion@goettingen.de
- www.die-linke-goettingen.de

70 Jahre Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki – Göttingen gedenkt der Opfer und fordert die Abschaffung jeglicher Atomwaffen – so lautete der zweite Antrag unserer LINKEN Fraktion in der vergangenen Ratssitzung. Hier wurde eine unserer Forderungen bereits zum 70. Jahrestag des Atombombenabwurfs am 06. August 2015 durchgesetzt. Es wurde an diesem Tag auf dem Hiroshimaplatz vor dem neuen Rathaus eine Kundgebung durchgeführt, an der trotz guter Werbung und der Information auch unserer Mitglieder leider nur etwa 40 Personen teilgenommen haben. OB Köhler hat in diesem Zusammenhang eine sehr engagierte Rede gehalten, in der er Kriege als Mittel der politischen Auseinandersetzungen und die militärische Nutzung der Atomwaffentechnik verurteilte. Im Zuge dessen plädierte er auch für den Ausstieg aus der ‚friedlichen‘ Nutzung der Kernenergie und sprach von der besonderen Verantwortung der Wissenschaft. Eine Vertreterin des Anti-Atom-Plenums Göttingen knüpfte an die mit viel Beifall bedachte Rede Köhlers an und wies u.a. auf die Möglichkeiten des Engagements gegen Krieg und Atomenergie auch vor Ort in Göttingen hin. Es wurde ein Kranz der Stadt und Blumen Fukushimamahnmal niedergelegt. In den regionalen Medien gab es eine recht ausführliche Berichterstattung. Über den weiteren Punkt unseres Antrages – in dem es um die Schaffung eines Nagasaki-Platzes in Göttingen geht – wird in den kommenden Wochen (und Monaten) beraten werden. Wir werden als Ratsfraktion am Thema bleiben und wünschen uns auch eine breitere Beteiligung anderer Menschen aus unserem gemeinsamen Umfeld!

Solidarität mit den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst – lautete einer unserer Anträge in der Junisitzung des Rates der Stadt Göttingen. Wir haben unseren Antrag im Vorfeld mit VertreterInnen der Streikenden und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di abgestimmt und den Entwurf bei Protestaktionen verbreitet. Wir konnten erreichen, dass die in unserem Antrag formulierten Forderungen weitgehend Zustimmung vom Rat der Stadt Göttingen erhalten haben. Nach der Ablehnung des Schlichterspruchs durch die große Mehrheit der Mitglieder haben wir öffentlich an den Ratsbeschluss erinnert und die Verwaltung erneut aufgefordert, sich in den kommunalen Arbeitgeberverbänden für die berechtigten Forderungen von ver.di einzusetzen. Den gleichen Appell richteten wir an die Ratsmehrheit. Unsere Erklärung wurde in regionalen Medien verbreitet. Jetzt (zum Redaktionsschluss der GöBlä) hat es noch keinen Beschluss hinsichtlich der Aufnahme neuer Streiks der Bundestarifkommission von ver.di gegeben. Sollte es diesen Beschluss geben, gilt unsere volle Solidarität den streikenden Kolleginnen und Kollegen. Wir sind an dieser Stelle alle mehr gefordert, als bei den letzten Streikaktionen, weil zu erwarten ist, dass die Belastungen der Eltern steigen und es ein Trommelfeuer der Massenmedien gegen den Streik im Zusammenhang mit der Ablehnung des Schlichterspruchs geben wird. Die Ratsfraktion wird sich in jedem Fall erneut an den Aktionen zur Unterstützung des Streiks beteiligen.

Die Unterbringung der Flüchtlinge wird uns auch in dem uns vorliegendem Monat begleiten. Die Flüchtlingszahlen, die uns erreichen sind deutlich über den Zahlen, die man erwarten konnte. Das progressive mit den Flüchtlingsgruppen und Verbänden zusammen erarbeitete Flüchtlingsunterbringungskonzept wird in dieser Form nicht mehr tragfähig sein. Aus Sicht der GÖLINKE. Ratsfraktion ist es erforderlich, den bisherigen Konsens in der Kommunalpolitik zu verteidigen, damit braune Rattenfänger und reaktionäre Kräfte aus dem akademischen Mittel- und Oberbau nicht mit ihren Bedenken in den Vordergrund der öffentlichen Debatte kommen. Wir unterstützen die Anstrengungen der Stadt Göttingen auf Basis der beschlossenen Konzepte und begleiten deren Umsetzung kritisch. Wir sind nicht der Auffassung Gerd Niers, der der Presse mitteilte, dass die aktuellen Flüchtlingszahlen vorhersehbar gewesen wären und die Stadt herumwurschteln würde. Gerd hat den o.g. Konzepten in seiner Zeit im Rat zugestimmt hatte und ihm waren die zu erwartenden Zahlen bekannt. Die Ratsfraktion sucht hingegen die enge Zusammenarbeit mit Flüchtlingsgruppen, Verbänden und der Bundestagsfraktion der LINKEN, denn hier ist der Bund gefragt, für Abhilfe zu sorgen. Des Weiteren gilt es vor Ort, die Abschiebungen auf den Balkan zu verhindern und dem auch von der SPD verbreiteten Märchen von sicheren Drittstaaten.

Förderung des Sozialen Wohnungsbaus – Wie auch in den letzten Monaten ist es ein zentrales Thema, das wir auch mehrfach im Rat der Stadt Göttingen thematisiert haben. Aktuell wird der Vorschlag eines neuen Flächennutzungsplanes (FNP) in öffentlichen Bürgerforen diskutiert und Vorschläge festgehalten. Leider haben bisher kaum Leute von uns Linken an den sehr gut besuchten Foren teilgenommen. Nun gehen die Diskussionen im Herbst in die zweite Runde und es ist notwendig, an diesen Foren teilzunehmen, wenn wir unsere Forderungen nach sozialem und bezahlbarem Wohnraum auf eine größere Basis stellen wollen. Die Termine findet Ihr auf der HP der Stadt Göttingen und in den lokalen Medien als Ankündigung. Wir werden diese Termine nochmals zusammenfassen und an die Sprecherräte zur weiteren Verbreitung weiterleiten.

Eure Fraktion – Civar Akad, Torsten Wucherpennig, Patrick Humke und Peter Johannsen

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

► Krankenhaussituation in Hann. Münden – Präzedenzfall?

Der Kreisverband Göttingen nimmt die wiederholten presseöffentlichen Anwürfe des SPD-Landtagsabgeordneten Schminke gegen die Ratsvertreter*innen Kirsten Klein und Ulrich Maschke im Zusammenhang mit den Mündener Kliniken mit Befremden zur Kenntnis. Zur Aufklärung der Beschäftigten und der betroffenen Bevölkerung im Raum Hann. Münden über die Zukunft des insolventen Krankenhauses tragen persönlich motivierten Verleumdungen gegen Politiker*innen unserer Partei, deren Äußerungen als ‚geistiger Müll‘ bezeichnet wurden, nicht das Geringste bei.

Der Kreissprecher*innenrat DIE LINKE.Göttingen stellt fest, dass Herr

Schminke die von der LINKEN geforderte Rekommunalisierung des Krankenhauses Münden ablehnt, weil dies ‚für andere, in Not geratene Krankenhäuser einen Präzedenzfall schaffen würde.‘

Nach Angaben der Krankenhausgesellschaft ist jedes dritte Krankenhaus in Niedersachsen in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet, weil Bund und Länder ihren Verpflichtungen für eine ausreichende Finanzierung der Gesundheitsversorgung nicht nachkommen. Dadurch sind tausende von Arbeitsplätzen und eine ortsnahe Patientenversorgung bedroht, obwohl nach Berechnungen von ver.di nur die Schaffung von über 100.000

zusätzlichen Stellen die akuten Missstände an den Krankenhäusern beseitigen könnte. Deshalb dürfen Krankenhäuser nicht geschlossen werden, nur weil sie für private Eigentümer nicht genügend Profit abwerfen. Sie müssen in öffentliches Eigentum überführt und im Interesse der Patient*innen und Mitarbeiter*innen verwaltet werden, auch wenn Bund, Länder und Kommunen dafür Geld in die Hand nehmen müssen.

Die Erfahrung zeigt, dass ein ‚freiwilliger Verzicht‘ der Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretungen auf die ihnen zustehenden Leistungen im Rahmen von Sonder- und Haustarifverhandlungen die bedrohten Klinikstandorte nicht nachhaltig retten kann. Deshalb fordert der Kreisverband die zuständige Gewerkschaft ver.di sowie die gewählten Beschäftigtenvertreter*innen auf, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sowie die Bevölkerung in Hann.Münden umgehend über den Stand der Verkaufsverhandlungen zu unterrichten.

*Michael Kaufmann und Meike Brunken, Kreissprecher*innenrat*

► Jung, kämpferisch, antikapitalistisch!

Mit der Basisgruppe Revolutionärer Antikapitalist*innen (BRA) und der Basisgruppe Rhizom haben sich zwei neue Basisgruppen der Linksjugend [‘solid’] in Göttingen gegründet. Aufgrund steigender Mitglieder- und Interessent*innenzahlen sowie immer voller werdender Sitzungen hat die Göttinger Linksjugend entschieden, dass das vorhandene Aktionspotenzial durch eine organisatorische Aufgliederung in zwei autonom agierende Basisgruppen deutlich besser gebündelt werden kann. Beide Gruppen sind nun Bestandteil einer gemeinsamen Ortsgruppe, die sich - über die Basisgruppenarbeit hinaus - in regelmäßigen Abständen trifft und konsensorientiert Aktionen und Veranstaltungen organisiert. Durch dieses neue „Göttinger Modell“ ist es uns innerhalb kurzer Zeit gelungen, dem verbandsinternen Pluralismus bestmöglich nachzukommen, zwei der größten und aktivsten Basisgruppen in ganz Niedersachsen aufzubauen und unseren Aktionsradius insgesamt nochmals deutlich zu steigern.

In dieser Ausgabe der Göttinger Blätter soll zunächst die BRA kurz vorgestellt werden:

Die BRA kämpft konsequent und bewegungsorientiert gegen Kapitalismus,



Ausbeutung, Rassismus und Imperialismus. Wir sind überzeugt, dass dieses menschenverachtende Herrschafts- und Wirtschaftssystem und seine politischen Sprachrohre (von CDU bis SPD) auf den Müllhaufen der Geschichte gehören. An seine Stelle muss die freie, gleiche Kooperation aller Gesellschaftsmitglieder auf Basis des Gemeineigentums an Produktionsmitteln treten. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen und nicht mehr die Profitinteressen der herrschenden Klasse das Leben und Wirtschaften bestimmen. Ausgrenzung, Egoismus, Leistungszwang, Unterdrückung, Armut, Wohnungsnot, Sexismus, Nationalismus, Hunger und Krieg sind Folgen der kapitalistischen Produktionsweise, die der Doktrin des grenzenlosen Akkumulationsstrebens folgt und die Mehrheit der Menschen für den Reichtum und den Gewinn einiger weniger ausbeutet. Nur durch massenhafte, kollektive, revolutionäre Aktionen der unterdrückten Klasse können diese unerträglichen Zustände überwunden und durch eine

echte, sozialistische Demokratie ersetzt werden. Die BRA begreift sich als Teil des internationalistischen Kampfes der Unterdrückten dieser Erde gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Diesen Kampf für konkrete Verbesserungen im Leben der Lohnabhängigen und für eine sozialistische Gesellschaft führen wir gemeinsam mit allen progressiven, linken, antikapitalistischen Kräften weltweit.

Wenn ihr mehr über unsere politische Arbeit erfahren möchtet, besucht uns doch mal bei unseren Treffen (jeden Donnerstag um 19 Uhr vorm Blauen Turm an der Uni) oder checkt unsere Facebook-Seite (www.facebook.com/bragoettingen) bzw. unsere Homepage (hbragoettingen.wordpress.com/) ab.

Linker Stammtisch

Liebe GenossInnen und alle Interessierten,

wir laden Euch herzlich zum ersten Linken Stammtisch am **24.9. um 19 Uhr** im Onkel Paul in Hann Münden, Siebenturmstraße ein! Wir freuen uns über zahlreiches Erscheinen! Die Gaststätte Onkel Paul ist nur bedingt barrierefrei, Rückfragen an Kirsten Klein Tel. 05541 5571

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen

Zur Vorbereitung auf die Kommunalwahl:

▶ Einstiegsseminare Emanzipatorische Kommunalpolitik

**Göttingen: Samstag/Sonntag,
03./04.10.2015, 10:00 Uhr,
Naturfreunde-Haus Göttingen
1.+2.+4. Modul**

Weil wir alle in Kommunen leben, gestalten wir die Politik vor Ort mit. Aber geht linke Politik in Kommunen? Gibt es eine linke Kommunalpolitik oder spielen „rechts und links“, bürgerlich oder bürgerlich in der Kommunalpolitik keine Rolle, gibt es nur „Sachzwänge“? Global denken - lokal handeln, ist das auch im Rathaus möglich? Ist örtliche Politik überhaupt noch möglich, wenn die Kommune pleite ist? Wie kann das gläserne Rathaus geschaffen, wie kann Transparenz in der Kommunalpolitik hergestellt werden - für mehr Beteiligung der Menschen statt Kungelei und Kirchturmpolitik.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen möchte gemeinsam mit dem Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen e.V Menschen, die im Stadt- oder Gemeinderat oder in Bürgerinitiativen aktiv werden wollen, mit Verstand und Fachkenntnis darauf vorbereiten, mit Kommunalverfassung, Haushaltsordnung und „gestandenen“ Kommunalpolitikern in den Ring zu treten.

1. Modul

Was ist linke Kommunalpolitik - Linke Politik in der Kommune?

Zur Bedeutung des Art. 28 Grundgesetz Bürgerorientierung / Bedürfnisorientierung im politischen Handeln

2. Modul

Möglichkeiten und Grenzen der Niedersächsischen Kommunalverfassung

Was steht in der NKVerf. – Überblick, Handhabung

Wie können wir die NKVerf. nutzen

Wie kann an der NKVerf. vorbei Politik gestaltet werden

4. Modul

Rechte und Pflichten kommunaler Abgeordneter

Formalitäten und Rechte gegenüber der Verwaltung

Rolle von Öffentlichkeitsarbeit
Keine Angst vor Mandat!

Gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und dem Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen e.V

Anmeldung: RLS Niedersachsen,
Otto-Brenner-Str. , 30159 Hannover,
Telefon: 0511-2790934
E-Mail: kontakt@rls-nds.de

Eine Anmeldung ist Voraussetzung zur Teilnahme. Ein weiteres Seminar zum 3. und 5. Modul wird voraussichtlich im November stattfinden.



SA. 10. OKT. 12 UHR BERLIN/HBF
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!



WWW.TTIP-DEMO.DE

TTIP, CETA und TiSA sind Instrumente, um den Neoliberalismus als das alleinige Gesellschaftssystem dauerhaft weltweit zu implementieren. Es gibt wohl keinen Bereich der gesellschaftlichen Realität hierzulande, der von den Auswirkungen der geplanten Abkommen ausgenommen ist. So würde z.B. eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns wegen Minderung der Gewinnerwartung kassiert werden. Dasselbe gilt für Verbesserungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes: Sie würden vor den geplanten Schiedsgerichten landen; dem Umwelt- und Verbraucherschutz erginge es ebenso.

Kommt alle zur Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin!

Wichtiger Spendenaufruf in eigener Sache!

Liebe Genoss*innen im Kreisverband, wegen einer Pressemitteilung im Rahmen des Bürgermeister*innenwahlkampfs im letzten Jahr sollte der OV Hann. Münden durch eine Unterlassungsklage seitens unseres politischen Gegners zur Rücknahme einer sachlichen Aussage gezwungen werden. Dafür wurde eine einzelne Genossin aus Hann. Münden in Haftung genommen. Das Amtsgericht hat unserem Gegner erstinstanzlich Recht gegeben und gleichzeitig dem OV - und damit allen OVEN - die Parteifähigkeit abgesprochen. Das können wir so nicht hinnehmen, zumal es im Widerspruch zu einem bestehenden BGH-Urteil steht. Der KV hat die vorab zu leistenden Gerichtsgebühren für die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht bezahlt. Dort ist ein positiver Ausgang des Verfahrens in unserem Sinne zu erwarten.

Um unsere Kasse zu entlasten, bitten wir Euch um solidarische Spenden an den Kreisverband. Spendet bitte mit dem Verwendungszweck **Klage HaMü** an folgendes Konto:

DIE LINKE.
Kreisverband Göttingen
Volksbank Göttingen
IBAN DE 39 2609 0050 3401 5108
00 2015

Jubiläumsmitgliederversammlung 10 Jahre BAG Grundeinkommen.

Vor 10 Jahren wurde die BAG BGE von 18 linken Mitgliedern in Erfurt gegründet. Mittlerweile unterstützen weit über 1000 Mitglieder die Idee des Grundeinkommens und haben so einige Erfolge in und bei der Partei DIE LINKE auf den Weg gebracht, z.B. das BGE im Parteiprogramm zu verankern.

Am **19. September 2015** findet ab 13.00 Uhr eine Jubiläumsmitgliederversammlung im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin statt.

Übernachtung und Fahrt können erstattet werden. Übernachtungskosten sollten 50-55 Euro nicht übersteigen, Unterkünfte findet ihr unter www.hrs.de, www.hotel.de oder www.bednbudget.de

Für die Fahrt sind in meinem Wagen noch drei Plätze frei. Ich starte am **19. September gegen 8.00 Uhr**. Über Mitreisende würde ich mich sehr freuen.

Am besten erreicht Ihr mich unter 0177 469 59 26. *Susanne Kreuzer*

► Vor Range wird mir bange

Pseudo-Liberaler als Demokratiegefährder

Es gab sie wirklich einmal, überzeugte und aufrichtige Liberale in den Reihen der FDP, wenngleich sie auch immer schon in einer Minderheitenposition waren. Ich habe zwar nie ihre Partei gewählt, aber ihren Einsatz für Meinungsfreiheit, Bürger/innenrechte, Toleranz und Persönlichkeitschutz respektiert und geschätzt. Hildegard Hambrücher, Burkhard Hirsch und Gerhard Baum stehen z.B. für solch eine Haltung und Überzeugung.

Nun ja, aus Niedersachsen fällt mir da aus den Reihen der FDP absolut niemand ein, die oder der mir in dieser Reihe echter Liberaler aufgefallen wäre. Da taucht dann eher schon der Name Philipp Rösler im Gedächtnis auf, der Kurzzeit- und Verlegenheitsvorsitzende, der außer Lobbyarbeit für die Pharma-industrie kaum Spuren hinterlassen hat. Vizekanzler und irgendein Minister soll er wohl gewesen sein.

Und nun ganz aktuell als Göttinger Eigengewächs der Generalbundesanwalt Harald Range als oberster Ankläger unserer Republik. Als ausgewiesenes FDP-Mitglied zeigt er einerseits ein besonderes Gespür und Verständnis für die aus- und inländischen Machenschaften von Geheimdiensten und andererseits wenig bis gar keines für Persönlichkeitsrechte von Bürger/innen, informationelle Selbstbestimmung und Pressefreiheit.

Ganz anders als 2013, als es um ein Ermittlungsverfahren gegen die NSA wegen der sich als Lawine herausstellenden Ausspähaktionen ging, in die mittlerweile erwiesenermaßen auch der BND verwickelt ist, zögerte unser Generalbundesanwalt diesmal nicht nach einer Strafanzeige aus vom Chef des Verfassungsschutzes gegen zwei Blogger und Journalisten wegen Landesverrats zu ermitteln.

Dass er bis heute in Sachen NSA nichts unternommen hat, kommentierte er seinerzeit mit dem Satz: „Manchmal gibt es nationale Belange, die gegebenenfalls Vorrang vor anderen Rechtsnormen haben. (...) Es gibt eben Überwachungsmöglichkeiten und damit muss man rechnen.“

Diesmal war der Anwalt im Range eines Generals Harald Range nicht ganz so zurückhaltend. Obwohl das Bundesverfassungsgericht nach der sogenannten Spiegel-Affäre feststellte: „Journalist/innen sind nach anderen Maßstäben zu messen als Spione. Sie können Geheimnisse aufdecken und damit der Demokratie dienen“, zieht Range für sich und die Bundesstaatsanwaltschaft anscheinend den Umkehrschluss. Ausspähen und spionieren muss man als gegeben hinnehmen, das Aufdecken aber von staatlich organisierter Überwachung durch Journalisten könnte

Landesverrat darstellen. Auch wenn der Bundesanwalt nach massiven Druck von Außen nun das Ermittlungsverfahren erst einmal ruhen lassen will, ist seine Willfährigkeit gegenüber einer Anzeige des Verfassungsschutzes ein Skandal. Da zögert er mit einer Eilentscheidung für ein Ermittlungsverfahren gegen die beiden Journalisten Beckedahl und Meister nicht einen Augenblick, einen massiven Angriff auf die Pressefreiheit zu starten – und das muss ihm bewusst gewesen sein. Die massiven Eingriffe in elementare Belange von Bürger/innen und staatliche Instanzen und die damit einhergehenden Rechtsverletzungen scheinen für ihn dagegen eher unvermeidliche Kollateralschäden durch einen mit uns befreundeten Geheimdienst zu sein. Ist halt anscheinend doch was dran, wenn immer mehr Menschen fordern, dass solch wichtige Posten, wie ihn z.B. Range inne hat, nicht vorrangig nach dem Parteibuch vergeben werden sollten, sondern dann eher doch nach Kompetenz.

Eine klare und saubere Gewaltenteilung soll doch ein wesentliches Fundament unserer Demokratie darstellen, wird immer wieder betont. Wenn dies wirklich ernst gemeint ist, dann schickt Herrn Range endlich nach Hause in den Ruhestand. Und wenn es denn wirklich sein muss auch nach Bovenden oder Göttingen. Seine Ruhestandsbezüge werden ausreichen, um weder von Stadt oder Landkreis sogenannte Transferleistungen in Form von Aufstockung beantragen zu müssen.

(gn)

► Stuttgart 21 – Vom Sperrbezirk zum kreativen Protestmedium

Das hatten sich die Bahnbosse und OB Schuster ganz anders gedacht: Mit einem meterhohen Bauzaun wollten sie ihre eigenen Bürger vom Protest gegen den Teilabriss des Stuttgarter Hauptbahnhofes fern halten – geschaffen haben sie die Grundlage für ein einzigartiges Protestmedium: Die Stuttgart-21-Gegner sind nicht nur ausdauernd – sie sind auch kreativ.

Ihrem Ärger über das geplante Bahnprojekt machen sie auf besondere Weise Luft: mit fantasievollen Plakaten

und Kunstwerken am Bauzaun rund um den Nordflügel des Bahnhofs. Als er vor rund zwei Wochen aufgestellt wurde, stand der meterhohe Gitterzaun noch trostlos und als Symbol für den bevorstehenden Abriss vor dem Nordflügel des Bahnhofs. Doch schon nach wenigen Stunden hängten einige Gegner des milliardenteuren Bahnprojekts Stuttgart 21 vereinzelt Blumen an den Zaun. Ihrem Beispiel schlossen sich Hunderte von Abrissgegnern an. Inzwischen ist der Zaun übersät mit bunten Plakaten und kleinen Kunstwerken. Er ist zum Symbol

des Protests geworden. Die Stuttgarter belassen es jedoch nicht bei Plakaten und Sprüchen, auch Blumen, Kerzen und bunte Fähnchen schmücken den Zaun. Fantasie ist Trumpf: Ein Teddybär ohne Beine protestiert mit dem Slogan „Keine Amputation am Bahnhof“ gegen den Abriss des Nordflügels. In einer Ecke haben Demonstranten ein „Bauzaun-Sudoku“ eingerichtet - für Polizisten, die den Zaun bewachen. Mit Wäscheklammern können die Beamten Zettelchen mit Nummern in das mit Absperrband aufgeklebte Sudoku-Quadrat heften. Das offizielle Werbeplakat der „Es stimmt...“-Kampagne für Stuttgart 21, das am Bauzaun angebracht ist, geht in der bunten Vielfalt der Protestkundgebungen völlig unter.

(www.kommunisten.de)